



# HESSISCHER LANDTAG

16. 09. 2020

EUA

## Dringlicher Berichts Antrag

**Heidemarie Scheuch-Paschkewitz (DIE LINKE) und Fraktion**

### Äußerungen der Europaministerin zum Brand in Moria

Seit Jahren haben das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR), amnesty international, Pro Asyl und viele weitere auf die dramatische Situation im Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos hingewiesen. Laut eines Berichts von Pro Asyl und Refugee Support Agean vom Januar dieses Jahres lebten zum Berichtszeitpunkt 19.200 Schutzsuchende in und um das für rund 3.000 Personen ausgelegte Flüchtlingslager, mehr als 40 % der Schutzsuchenden seien Kinder. Ein Großteil der Schutzsuchenden lebe in Zelten und selbstgebauten Behausungen, 200 Personen müssten sich eine Toilette teilen, es gäbe eine ungenügende Versorgung mit Essen und Trinkwasser, die Gesundheitsversorgung sei absolut unzureichend (<https://www.proasyl.de/news/albtraum-moria/>). Mit dem weltweiten Ausbruch des Corona-Virus stieg die Gefährdung der Schutzsuchenden angesichts der unhygienischen Bedingungen im Lager, der mangelnden Gesundheitsversorgung, der Unmöglichkeit der Einhaltung von Abstands- und Hygieneregeln an, sodass unter anderem Ärzte ohne Grenzen die Evakuierung des Lagers forderten (<https://www.tagesschau.de/ausland/fluechtlinge-lesbos-corona-101.html>). Zahlreiche weitere Initiativen fordern schon seit langer Zeit die Aufnahme von Schutzsuchenden aus Moria und anderen EU-Hotspots, doch bisher haben weder parlamentarische Initiativen (<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/140/1914024.pdf>) noch die erklärte Aufnahmebereitschaft hunderter Städte und Kommunen zu einer Aufnahmebereitschaft der Bundesregierung geführt. Nachdem es Anfang September zu ersten bestätigten Corona-Fällen im Lager kam, wurde das Lager abgeriegelt und Hilfsorganisationen wurde der Zutritt verwehrt (<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/coronavirus-fall-moria-lesbos-100.html>). In der Nacht zum 9. September kam es zu einem Großbrand im Lager, das dadurch fast komplett zerstört wurde. Seitdem lebt ein Großteil der Schutzsuchenden in Moria auf der Straße.

Nach dem verheerenden Brand äußerte Hessens Europaministerin Lucia Puttrich gegenüber „BILD“: „Wer Feuer legt und Löschmannschaften angreift, kann nicht nach Deutschland geholt werden“ sowie „die Bilder des brennenden Flüchtlingscamps lassen uns auch fragen, was einige Menschen dazu bringt, ihre sichere Unterkunft in Europa anzuzünden“ und weiter: „Dieser Gewaltausbruch einiger darf nicht belohnt werden. Weder durch eine Verlegung in andere europäische Länder, noch bei der Dauer oder dem Ergebnis des Asylverfahrens.“ („BILD“ vom 10.09.2020).

Die Landesregierung wird ersucht, im Europaausschuss (EUA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung über die Bedingungen im Flüchtlingslager Moria und weiteren EU-Hotspots auf den griechischen Inseln?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Situation in Moria und weiteren EU-Hotspots vor dem Hintergrund der sich aus der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, der europäischen Konvention der Menschenrechte und der Genfer Konvention ergebenden Verpflichtungen der EU gegenüber Schutzsuchenden?
3. Hält die Landesregierung es vor diesem Hintergrund für angemessen, das Lager Moria als „sichere Unterkunft“ zu bezeichnen?
4. Hat die Landesregierung Gespräche geführt und Maßnahmen ergriffen, um die Situation in Moria und weiteren EU-Hotspots zu verbessern?
  - a) Wenn ja, wann und mit wem wurden diese Gespräche geführt und was war ihr Inhalt und Ergebnis?
  - b) Wenn nein, warum nicht?

5. Welche Erkenntnisse lagen der Landesregierung zum Zeitpunkt der Äußerungen von Lucia Puttrich gegenüber der „BILD“ über die Ursache des Großbrandes in Moria vor?
6. Auch hessische Städte und Gemeinden haben ihre Bereitschaft zur Aufnahme von Schutzsuchenden aus Moria erklärt, laut Koalitionsvertrag möchte die Landesregierung ein Landesaufnahmeprogramm zur Aufnahme einer Gruppe Schutzbedürftiger mit besonders hoher Vulnerabilität auflegen. Hat die Landesregierung und insbesondere die Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Puttrich sich gegenüber der Bundesregierung für diese hessischen Interessen eingesetzt?
7. Befürchtet die Landesregierung angesichts der Verweigerung von Bundesinnenminister Horst Seehofer sein Einverständnis zu den Landesaufnahmeprogrammen nach § 23 AufenthG der Länder Berlin und Thüringen zu erteilen, eine Beeinträchtigung des geplanten hessischen Landesaufnahmeprogrammes?
8. Wird das Land Hessen mit anderen Bundesländern in einen Dialog treten, um darüber zu beraten, wie eine Aufnahme aus humanitären und völkerrechtlichen Gründen durch die Länder gemäß § 23 AufenthG gesichert werden kann?
9. Sind derzeit hessische Polizeibeamte im Rahmen einer Frontex-Operation an den EU-Außengrenzen eingesetzt?
10. Wenn ja, wie viele hessische Polizeibeamte sind in welchen Ländern und mit welchem konkreten Auftrag im Rahmen einer Frontex-Operation im Einsatz?

Wiesbaden, 16. September 2020

Die Fraktionsvorsitzende:  
**Janine Wissler**

**Heidemarie Scheuch-Paschkewitz**